



Vollswacht

Die Vollswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Porto. In den Bezugsstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen, einschließlich Porto, 1,05 Mk. ausschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigen
Die 6. Auflage...
für auswärts 30 Pf.,
Inhalt: Reklamezettel 30 Pf.,
Werbungsanzeigen 10 Pf.,
Anzeigen mit Maßbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 1

Danzig, Sonnabend den 6. Januar 1917

8. Jahrgang

Neues Schaffen

Die schöne Hoffungslosigkeit, mit der in früheren Zeiten, deren Gefühlleben uns in 30 Kriegsmonaten fast fremd geworden ist, der Beginn eines jeden neuen Jahres umjubelt wurde! Sie mag uns heute gesünder als früher erscheinen; im Grunde war sie aber doch der inständigere Ueberzeugungsausdruck einer Generation, der das Gefühl im Leibe steckte, vorwärts zu kommen. Wir konnten es gar nicht anders, als das Menschengeschlecht, wenn auch unserer Ungebild viel zu langsam, wenn auch gegen tausend Widerstände, aber doch Schritt für Schritt vorwärts kam, daß jedes Jahr dem Luftsteg eine neue Sprosse zusetzte, die den hohen Zielen unserer Wünsche näher führte. Im Grunde war es unser unerschütterlicher Glaube an den nicht aufzuhaltenden Fortschritt der Menschheit, der sich im Neujahrstjubel Luft machte.

Heute hat uns das Zerfallswort des Weltkrieges steptisch gemacht. Steht die Menschheitskultur wirklich auf so festen Füßen, ist ihre Höherentwicklung wirklich so absolut sicher, wie wir glaubten? Zweifel beginnen sich zu regen. Unwillkürlich gedenken wir vergangener Kulturen, die dem Untergange verfielen. Der Peloponnesische Krieg fällt uns ein, der in die griechische Sphärentwelt den Todestempel legte. Führt heute Europa seinen Peloponnesischen Krieg? Die Wertigkeiten der zerstörten Güter erreichen schwindelnde Höhen. Summen, die früher als jabelhaft verachtet worden wären, sind der unerfällliche Krieg verschlungen. Dazu die Millionen vernichteter Menschenseelen, der unerfällliche Schmerz des Einzelnen. Und wie sich ein Ende dieser fürchterlichsten Gesichtsperiode Europas noch immer nicht einstellen will, so mag sich wohl der lange Zweifel regen: wird dieser Krieg nicht schließlich die europäische Kultur zernichten, den Beginn eines großen Abfalls einleiten?

Wir haben den Krieg als Sozialisten bekämpft, seine Entstehung zu hindern gesucht, weil wir uns über seine schrecklichen Folgen — wenn auch noch lange nicht in vollem Maße — klar waren. Daß unsere Friedensarbeit seinen Ausbruch nicht zu hindern vermochte, war für uns eine große, schmerzliche Enttäuschung für Gegenwart und Vergangenheit. Aber den Glauben an unsere Zukunft kann uns der Krieg nicht nehmen. Nein, er hat sie gestärkt. Gestärkt in vielfacher Richtung. Einmal, weil er sicher die ungeheure Mehrheit der Menschheit für unser Friedensziel gewonnen hat. Sodann aber, weil er uns gelehrt hat, daß die Kräfte, die wir zur Erlösung der Menschheit wachrufen wollen, stärker und größer sind, als selbst seine systematische, mit den ungeheuersten Mitteln geförderte Zerstörungsarbeit.

Der Krieg bedeutet die äußerste Kraftanspannung der Völker. Gewiß wird ein großer Teil dieser Energien in unfruchtbarster Herzkörung verbraucht, aber gleichzeitig überzeugen wir uns, daß Energien in der Menschheit vorhanden sind, größer als man sich je zu träumen wagte hat.

Nur Stichproben können wir machen. In den staatlichen Ausgaben ist statt der Million die Milliarden Rechnungseinheit geworden. Wenn früher für nützliche Zwecke einige bescheidene Millionen gefordert wurden, so erbob sich sofort der Widerspruch: „Sehr schön, aber wo soll das Geld herkommen, wer soll die Ausgabe decken?“ Heute heißt es bei den Milliarden: die Ausgabe ist notwendig und die Deckung muß beschaffen werden. Unwillkürlich denkt man zurück, was alles in früheren Zeiten an Großem und Gutem geleistet werden können, wenn damals nach dem gleichen Grundsatz verfahren worden wäre. Aber — um nur ein Beispiel zu nennen — die Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung um fünf Jahre würde lange g mag bekämpft und verhindert, weil sie für das Reich einen jährlichen Mehraufwand von 8 Millionen bedeutete hätte. Kam man sich doch selbst als Sozialist schon außerordentlich kühn vor, wenn man für ein größeres sozialpolitisches Projekt einen Aufwand von ein paar hundert Millionen verlangte.

Heute entwickelt ein Professor der Volkswirtschaft, der beiseite kein Sozialist ist, ganz ernsthaft den Plan, durch eine Umorganisation der Landwirtschaft mit einem Kostenaufwand von 20 Milliarden Deutschland in ein landwirtschaftliches Paradies zu verwandeln, in dem es keine Mähernten, keine Ertragschwankungen durch die Unbeständigkeit des Wettergottes mehr gibt. Und niemand, der dies als phantastisch verachtet, der diesen Plan nicht mindestens sehr erwägenswert findet.

Dieser Vorschlag lehrt uns praktisch, was wir Sozialisten bisher nur theoretisch verkündeten, daß die schöpferische Kraft eines arbeitenden 70-Millionen-Volkes, verbunden mit einer planmäßig vervollständigten Technik, vor dem Kriege nur zum kleinsten Teil ausgenutzt worden ist. Er deckt uns gleichzeitig die Quelle der Unvollkommenheit auf: die mangelnde Organisation, das falsche System der Volkswirtschaft. Wenn

die Menschheit die praktische Lehre dieses Krieges beherzigt, dann muß nach ihm eine Epoche entstehen, in der zusammengefaßte, zum Wohl der Allgemeinheit verwendete Kraft an Arbeit und Kapital ein großes Kulturwerk nach dem anderen entstehen läßt, gegen die alles bisher Geleistete klein erscheint.

Unwillkürlich malt der vorwärtschauende Geist ein Bild, wie es werden könnte, wenn all die großen Summen, die heute der Vernichtung geopfert werden, wenn all die konzentrierte Kraft, die der Speisung des Krieges dient, einmal ebenso organisch zusammengefaßt und ebenso planmäßig geleitet zum Aufbau der Menschheitskultur verwendet würde. Und wir möchten gleich Hand anlegen, es wächst die Begierde, an diesem großen Werke mitzuarbeiten.

Aber in den schönen Traum fällt das lähmende Bewußtsein, daß immer noch der Krieg tobt. Und mit Sehnsucht und Ungebild schauen wir nach den Zeichen eines baldigen Endes. Das vergangene Jahr ist nicht ganz ohne Hoffnungen geschieden. Das deutsche Friedensangebot, der neutrale Vermittlungsversuch haben die Friedensfrage vom toten Punkt ins Rollen gebracht. Wir Sozialisten wollen dafür sorgen, daß diese Bewegung im neuen Jahr nicht einschläft, sondern zu immer stärkerer Kraft bis zum schließlichen Erfolge wächst. Mag man uns ruhig deswegen schelten; wir wissen besser, daß uns nicht weiche Sentimentalität treibt, sondern unbefriedigter männlicher Schaffensdrang. Wir heißen Frieden, weil wir uns vertrauen, auf seiner Grundlage Besseres und Schöneres für die Menschheit zu schaffen, als der Eroberungs-lustige je als Kriegsbeute erschaffen kann. Nur um diese Grundlage zu sichern, kämpfen wir mit, die Grundlage eines freien unabhängigen Daseins unseres Volkes.

Wenn 1917 das ersuchte Friedensjahr sein wird, so soll es uns treffen, wie es Sozialisten zukommt: Nicht ob der Vergangenheit tragend, nicht ob der Zukunft verzweifelnd, sondern schaffensbereit zu neuem Handeln.

Antwort der Entente auf das Friedensangebot

Die „Agence Havas“ meldet unterm 30. Dezember aus Paris: Die Antwort der Alliierten auf die Note der feindlichen Mächte betreffend den Vorschlag auf Eröffnung von Friedensverhandlungen ist heute abend dem Vorschlag der Vereinigten Staaten durch Ministerpräsident Briand im Namen der Alliierten Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien übergeben worden, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinigt die Waffen niederzulegen. Sie haben beschlossen, gemahnt auf die angeblichen Friedensvorschlüge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande übergeben worden sind.

Vor jeder Antwort halten sich die alliierten Mächte für verpflichtet, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen wollen und die den Sieg der Zentralmächte verkünden. Die Alliierten können diese doppelte unrichtige Behauptung nicht zulassen, die geeignet ist, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben. Sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914. Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verlegt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Dieser angebliche Vorschlag, der jeden greifbaren Inhalt und jeder Genauigkeit entbehrend durch die kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegsmandat. Er beruht auf der systematischen Verleumdung des Charakters des Strelkes in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Für die Vergangenheit überfiehet die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, herbeigeführt und verwirklicht worden ist durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Im Haag war es ein deutscher Vertreter, der jeden Vorschlag der Abrüstung ablehnte; im Juli 1914 war es Oesterreich-Ungarn, das, nachdem es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesem den Krieg erklärte, trotz der sofort erlangten Genugtuung. Die Zentralmächte haben darauf alle Versuche zurückgewiesen, die von der Entente gemacht wurden, um dem örtlichen Streite eine friedliche Lösung zu verschaffen. Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, die Bitte des Kaisers von Rußland an den deutschen Kaiser um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn am

Vorabend des Konfliktes zustandekomme Einvernehmen (Entente), alle diese Anstrengungen sind von Deutschland ohne Antwort und ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte, und das sich nicht scheute, selbst zu erklären, daß Verträge „Fetzen Papier“ wären und daß „Not kein Gebot“ kenni. Für die Gegenwart stützt sich das Anerbieten Deutschlands auf eine ausschließlich europäische „Kriegsstarke“, die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können, und nun nach zwei Jahren bemerken, daß sie es niemals erreichen werden. Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Vermüstungen, die zahlreichen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegsführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachungen und Bürgschaften (sanction, reparations, garanties).

Deutschland weicht listig dem einen wie dem anderen aus. In Wirklichkeit ist die durch die Zentralmächte gemachte Eröffnung weiter nichts als ein wohlberedneter Versuch, auf die Entwicklung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen deutschen Frieden aufzuzwingen. Sie beabsichtigt, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer schon mit bewundernswürdiger Festigkeit geantwortet und die Hohlheit der feindsüchtigen Erklärung ins Licht gestellt. Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken, die schwer geprüft sind, schon durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird. Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheiten prelsigbt. Sie versucht endlich, vor den Augen der Welt im voraus die neuen Verbrechen des Unterseebootkrieges, die Verschleppung von Arbeitern und die gewalttätige Aushebung von Staatsangehörigen gegen ihr eigenes Land, sowie die Verletzung der Neutralität zu rechtfertigen.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Uebereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedenkung zu befassen. Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange sie nicht die Gewähr haben für Wiederherstellung (Reparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange sie nicht sicher sind einer Regelung, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die seit langem die Völker bedroht haben, und die einzig wirklichen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben.

Die alliierten Mächte hatten darauf, zum Schluß die folgenden Betrachtungen anzustellen, die die eigentümliche Lage hervorheben sollen, in der sich Belgien nach 2½jährigem Kriege befindet; Kraft der durch die fünf Großmächte Europas, unter denen sich auch Deutschland befand, unterzeichneten Verträge, erfreute sich Belgien vor dem Kriege einer besonderen Sühne, die sein Gebiet unverletzt machte und es selbst unter den Schutz dieser Großmächte bei europäischer Konflikten stellte. Gleichwohl hat Belgien in Rücksichtung dieser Verträge den ersten Angriff Deutschlands über sich ergehen lassen müssen. Deshalb hält es die belgische Regierung für notwendig, genau den Zweck auseinanderzusetzen, weshalb Belgien niemals aufgehört hat, in den Kampf an der Seite der Ententemächte für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit einzutreten. Belgien hat immer peinlich die Pflichten beobachtet, die ihm seine Neutralität auferlegte. Es hat zu den Waffen gegriffen, um seine Unabhängigkeit und seine Neutralität zu verteidigen, die durch Deutschland verletzt worden sind, und um seinen internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Am 4. August hat der Reichszantler im Reichstage anerkannt, daß dieser Angriff ein Unrecht gegen das Völkerrecht sei, und hat sich im Namen Deutschlands verpflichtet, es wieder gutzumachen. Seit 2½ Jahren hat sich diese Ungerechtigkeit grausam verschärft durch die Kriegsmassnahmen und eine Besetzung, welche die Hilfsmittel des Landes erschöpft, seine Industrien zu Grunde richtet, seine Städte und Dörfer zerstört und die Niedermetzungen, die Hinrichtungen und die Entsetzungen häuft. Und in dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und von Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden weg und bringt sie in Sklaverei. Belgien hat vor dem Kriege nur danach gestrebt, in gutem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn zu leben. Sein König und seine Regierung haben nur ein Ziel: Die Wiederherstellung des Friedens und des Rechtes. Aber sie wollen uns

Bestreben der dänischen Sozialdemokratie, eine Verständigung zwischen den sozialdemokratischen Parteien der kämpfenden Länder herbeizuführen herangezogen. Das Wort bespricht die in Kopenhagen stattfindende Konferenz der nordischen Sozialdemokratie, wo u. a. beschlossen wurde, sich erneut mit der Bitte an die Sozialdemokraten der kämpfenden Staaten zu wenden, ihre Mitwirkung zur Beendigung des Krieges zu geben. Dieser Wunsch hat eine gute Aufnahme gefunden, und es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Parteien der Entente in der zu Beginn des neuen Jahres in London tagenden Konferenz sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen werden.

Kurz vor Tagung der skandinavischen Konferenz hatten zwei Vertreter der dänischen Arbeiterklasse, P. Hebehol und A. Christensen, Gelegenheit, England zu besuchen. Hierbei konnte die Verbindung mit den englischen Organisationen wieder angeknüpft werden zum Nutzen der zukünftigen Arbeit.

Als die zwei genannten Genossen aus England zurückkehrten, lief eine Einladung zur Teilnahme an der in den Weihnachtstagen stattfindenden Konferenz des französischen Gewerkschaftsbundes ein. Da diese Einladung durchaus unseren Wünschen entsprach, trafen wir sofort Vorkehrungen, der Aufforderung nachzukommen. Zu Delegierten wurden Carl F. Maden, Frau Nina Bang und Bjorgbjerg gewählt. Aus der Reise würde aber nichts: Frankreich wollte die nötigen Reisepässe nicht ausstellen. Man wünscht offenbar, eine Begrenzung dänischer und französischer Sozialdemokraten gerade zu dieser Zeit, wo der Friedenswille sich Wege in weiten Kreisen bahnt, zu vermeiden.

Trotzdem ist auf anderem Wege eine Verbindung erreicht worden und es wird zurzeit eine bedeutende Tätigkeit entfaltet, um den Krieg zum Abschluß zu bringen. Die Mitwirkung der dänischen Sozialdemokratie wird hierbei häufig in Anspruch genommen. Die kürzlich in Haag stattgefundene Konferenz zwischen deutschen und holländischen Parteigenossen wird von Bedeutung für die Völker aller kriegführenden Länder sein, und das deutsche Friedensangebot, von der Note des Präsidenten Wilson gefolgt, ist mit großem Wohlwollen von Parteigenossen auch in den Ländern der Entente aufgenommen worden. Wilsons Friedensarbeit wird, soviel die Verhältnisse es gestatten, von der Sozialdemokratie der neutralen Länder unterstützt. Den Ereignissen der kommenden Zeit darf also sicherlich mit großem Interesse entgegengeesehen werden.

Zum Schluß betont das dänische Parteigebäude, daß die deutsche Sozialdemokratie nichts versäumt hat, gegenseitiges Verständnis zwischen den Bruderparteien herbeizuführen, da dies eine wichtige Voraussetzung zur Beendigung des Krieges ist.

Friedensversammlung der Wiener Arbeiter.

Die erste Massenversammlung, die die Wiener Arbeiterschaft seit fast drei Jahren abhielt, galt dem Frieden. Tausende waren es, die dem Rufe gefolgt waren. Tausende, die sich um das Rednerpult scharten, von dem Viktor Adler sprach. Nach Viktor Adler sprach Buchinger (Budapest). Er überbrachte die Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie. Es wurde ein Gruß an Wilson entsandt, der folgenden Wortlaut hat: Die heutige Versammlung der Sozialdemokraten Wiens begrüßt die erleuchtete und energische Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, die, in gleicher Linie wirkend wie das beachtenswerte Friedensangebot der Mittelstaaten, den Weg öffnet zur Beendigung der zwecklosen und kulturvernichtenden Schlächtereien des Weltkrieges. Die Versammlung wünscht aus vollem Herzen, daß dem hohen Erben Wilsons voller Erfolg werde und daß sein Eingreifen der blutenden Welt den Frieden näher bringe.

Die ungarische Sozialdemokratie zur Note Wilsons.

Die Leitung der ungarischen Sozialdemokratischen Partei richtete heute an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Telegramm, in dem die Solidarität der Partei mit der Friedensaktion Wilsons ausgedrückt und gesagt wird, die Sozialdemokratische Partei betrachte Wilson seit seinem letzten Auftreten als den besten Dolmetscher der immer stärker werdenden Friedenssehnsucht der ganzen Welt.

Friedensnoten der nordischen Staaten

Rixhaus Bureau meldet: Die dänische, norwegische und schwedische Regierung beauftragten nach gegenseitigen Verhandlungen ihre Gesandtschaften, den Regierungen der kriegführenden Länder Noten zu überreichen, in denen die drei Regierungen im Anschluß an die Note Wilsons bezüglich der Schritte zur Förderung des dauernden Friedens erklärten, daß sie es als eine Vernachlässigung ihrer Pflichten gegen die eigenen Völker und die ganze Menschheit betrachten würden, falls sie nicht die wärmste Sympathie für alle Bestrebungen aussprechen, welche dazu beitragen könnten, den moralischen und materiellen Verlusten, die in stetig steigendem Maße die Folgen des Krieges sind, ein Ende zu machen. Die drei Regierungen sprechen die Hoffnung aus, daß die Initiative Wilsons zu einem Ergebnis führen möge, welches der erhobenen Gesinnung, die ihn leitete, würdig sei.

Die dänische Sozialdemokratie für den Frieden

Rixhaus Bureau meldet: Die dänische Sozialdemokratie sandte an Wilson folgendes Telegramm: Die dänische Sozialdemokratie wünschte ihre Sympathie mit Ihrer Friedensnote vom 21. Dez. und ihre innigsten Wünsche auszudrücken, daß ihre Bestrebungen für die Beendigung des Weltkrieges und für die Herbeiführung eines dauernden Friedens von Erfolg gekrönt sein werden.

Der Dumapräsident: Friedensverhandlungen erst nach der völligen Niederlage Deutschlands.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Dumapräsident Rodzianko erklärte in bezug auf Wilsons Note, der Augenblick sei noch nicht gekommen, in Verhandlungen zum Abschluß des Friedens einzutreten. Von solchen könnte erst nach der völligen Niederlage Deutschlands die Rede sein, wenn die Möglichkeit, Frieden zu schließen, die Welt gegen neues Blutevergießen für die Zukunft sichere. Der Dumaabgeordnete Miljutoff sagte,

unter den gegenwärtigen Bedingungen könne keine Rede von irgend einer Intervention oder Vermittlung sein. Die Vorschläge Russlands an Deutschland und die deutschen Vorschläge an Rußland könnten zu keinem Resultat führen, da sie für beide Parteien unannehmbar seien. Der Abgeordnete Schingareff sagte, die Handelsinteressen Amerikas überwogen seine militärischen Ziele. Der Anschluß Amerikas an eine kriegsführenden Parteien sei wenig wahrscheinlich, da dies Verhandlungen zwischen Amerika und Japan herbeiführen könnte.

Polen

Ein Appell an die polnische Bevölkerung. Der Generalgouverneur von Warschau, General v. Belsar, hat am 30. Dezember eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der es heißt: Die durch die Proklamation vom 8. November geschaffene politische Lage in Polen hat in weiten Kreisen des Volkes, besonders bei der Landbevölkerung, die Ansicht erweckt, als sei Polen nun ein völlig unabhängiges Land, das gänzlich von den Lasten des Krieges, die jedes Volk Europas schwer trägt, befreit sein müsse. Die Ansicht ist irrig, da die polnischen Behörden erst im Entschluß begriffen sind, Es besteht überhaupt noch keine politische Verantwortung. Aber auch sie würde Requisitionen und alle anderen Lasten des Krieges, in gleicher Weise auferlegen müssen, wie die vorläufig an ihrer Stelle stehenden deutschen Behörden. Darum fügt Euch willig in die Anordnungen der deutschen Behörden, die nur die augenblicklichen Pflichten der polnischen Behörden sind. Ich appelliere an die Vaterlandsliebe jedes einzelnen und warne die Säumnigen und Widerwilligen vor harten Bestrafungen, die jeden Widerstrebenden gegen die bestehende Obrigkeit nach den Kriegsgesetzen unweigerlich treffen wird.

Holland

Friedensstimmen. Am ersten Weihnachtstag hat in Amsterdam der Bund der belgischen Arbeiter seine erste Konferenz abgehalten. Im Bericht des Bundessekretärs wird auf die Anfeindungen, die der Sozialismus in den Kreisen der Flüchtlinge und selbst an der Front erfährt, hingewiesen und gesagt: „Was die belgische Presse in der Fremde schreibt, pro et contra für die Arbeiter nicht viel Gutes. Wir sind verpflichtet, demgegenüber klar und deutlich zu erklären, daß wir keinen Haß und keine Rache wollen. Unser einziger Feind ist das kapitalistische System. Unser Standpunkt ist: Belgien, so wie es vor August 1914 war.“ Die Eröffnungsrede hielt Genosse Hunsman, der sich zunächst gegen die stämmischen Aktivitäten und mit gleicher Schärfe gegen die Annexionisten aussprach. Ueber die Friedenspolitik sagte er, daß er Optimist sei. Er habe den Eindruck bekommen, daß das deutsche Angebot nicht abgewiesen sei. „Man hat gesagt: das Angebot ist nichts als ein Manöver. Nun, man kann dann dieses Manöver nicht besser entlarven, als wenn man mehr Klarheit, eine Präzisierung der Bedingungen fordert. Wir vom Bund haben darum mit Freude die Initiative Wilsons begrüßt. Die Zeit ist gekommen, daß in allen Ländern die Sozialisten für Mäßigung eintreten. Die Zeit ist da, daß die Glieder der Internationale zusammengesetzt werden, was auch die bürgerlichen Parteien davon sagen mögen.“ Zum Schluß der Konferenz wurde die Resolution, die den Frieden um jeden Preis ablehnt, aber die Regierungen mahnt, das Friedensangebot nicht unbedingt abzulehnen, und Wilsons Zustimmung und Anerkennung ausdrückt, einstimmig angenommen.

Volksernährung

Herr von Oldenburg für höhere Getreidepreise. In einem der „Nationalzeitung“ zur Verfügung gestellten Briefe hat Herr von Oldenburg-Januschau seine Ansicht über die künftige Stellung des Getreideproblems ausgesprochen. Herr von Oldenburg fordert ein künftiges Reichsgetreidemonopol. Da aber ausländisches Getreide zur Gesamternährung unentbehrlich ist, so hält er in Anbetracht der im Auslande zu zahlenden Preise eine gleiche Preishöhe auf dem deutschen Markt im Interesse der deutschen Landwirtschaft für notwendig.

Die Not würde noch erheblich größer werden, wenn auch noch höhere Getreidepreise festgesetzt werden würden. Die Landwirtschaft befindet sich aber in einer so günstigen Lage, daß eine Preiserhöhung durchaus nicht erforderlich ist. Eine Herabsetzung der Nahrungsmittelpreise müßte erfolgen.

Eine Massenpeisung von 10 000 Schulkindern wird, Berliner Blättern zufolge, in Breslau vorbereitet, deren Magistrat die Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage um grundsätzliche Zustimmung zur Inangriffnahme der täglichen Beköstigung von vorläufig 10 000 Volksschulkindern mit warmem Mittagessen unter Mitwirkung des Nationalen Frauenbundes bittet.

Ein Sozialdemokrat im sächsischen Lebensmittelamt. Die sächsische Regierung hat an die Sozialdemokratische Partei in Sachsen und an den Gewerkschaftsausschuß die Einladung ergehen lassen, einen Vertreter in das sächsische Lebensmittelamt zu delegieren. Partei und Gewerkschaften haben dieses Anerbieten angenommen und haben den Landtagsabgeordneten Genossen Uhlig-Dresden als ihren Vertreter bestimmt.

Danziger Nachrichten

Nach dem Jahreswechsel.

Wieder einmal hat die Erde ihren Weg um die Sonne vollendet und ein neuer Kreislauf durch das Weltall begann. Nach ewigen Gesetzen geht sie weiter ihren Lauf. Wir wissen genau, wo unser Weltkörper sich im Mai oder August im All befindet, wie dann seine Stellung zur Sonne ist und zu den übrigen Himmelskörpern. Aber wie wird es dann auf der Erde sein? Ist dann das Wittern vorüber? Wie wird es dann mit unserer Ernährung, wie mit der Gesundheit des Volkes, wie mit den Arbeitsverhältnissen? Ein großer Unbekannter ist uns das neue Jahr. Wir wissen nicht, was es uns bringt. Ewige, eherner Gesetze lassen wohl die Erde ihren Weg gehen im Weltensraum; auf Erden selbst aber herrschen Unordnung und Planlosigkeit. Von einem großen leitenden Gedanken für das Leben merken wir nichts.

Große Teile des Volkes haben schon die Notwendigkeit der Organisierung des Lebens erkannt und dieser Krieg hat uns seinen bitteren Notwendigkeiten den Organisationsgedanken in noch weitere Kreise getragen. In Millionen Köpfen lebt bereits die Idee einer zweckmäßig geordneten Welt. Das Leben soll nicht ein bunt durcheinandergewürfeltes Gemisch von Glück und Elend, Freude und Not, Friede und Krieg sein. Glücklich soll der Mensch sein und wohl geborgen in seiner Volksgemeinschaft. Nicht von Zufällen soll er heimgesucht werden. Fest vorgezeichnet soll ihm der Weg sein, den er in bester Ordnung und mit dem Ganzen zu gehen hat. Frei soll er sein und doch ein Glied der Gemeinschaft. Ein Volk, ein Glück, ein Ziel, eine Menschheit. Das ist die Sonne, um die sich das Leben konzentrieren soll. So soll es seine Kreise gehen, so soll die Menschheit in fester Bahn vorwärts schreiten zu schöneren und sonnigeren Höhen.

Der Tag wird hoffentlich nicht mehr fern sein, wo wir in diesem Sinne unseren geistigen Kampf frei wieder fortsetzen können. Der Abschluß des alten Jahres, das ganz von Kampf und Krieg erfüllt war, rief uns die Notwendigkeit dieses Kampfes erneut in Erinnerung. Er mahnte zu freiem Zusammenhalten, damit wir eine große starke Gemeinschaft sind, wenn der Tag des Friedens kommt und mit ihm einsetzt ein noch zielbewußteres und entschlosseneres Streben für Weltordnung und Menschheitsharmonie.

Erfolgreiche Werbearbeit für die Parteipresse.

Die Breslauer Volkswacht beendet das Jahr 1916 mit einer gegen den Jahresanfang um 7000 gestiegenen Auflageziffer. Zu Anfang des Krieges, als die plötzlichen Einziehungen und die Arbeitslosigkeit eintraten, hat auch unser Breslauer Parteiblatt wie alle übrigen gelitten und sank in seinem Bestande von 26 200 auf 20 600, also um 3600 Leser. Aber schon im Laufe des Jahres 1915 fand sich ein Teil der Kriegersfamilien und der im Felde befindlichen Genossen zur Parteipresse zurück, so daß am 1. Januar 1916 die Scharte beinahe ausgereicht war, es wurden wieder 25 000 Exemplare gedruckt. Zu der weiteren Steigerung hat dann das Feldpostabonnement und der Straßenauf erheblich beigetragen. Von den 32 000 Exemplaren, die jetzt gedruckt werden, gehen täglich 4500 ins Feld (seit dem 22. November 1916 wieder eine Zunahme von 500) und fast die gleiche Anzahl wird im Straßenhandel verkauft, doch steigt diese an manchen Tagen auf 6000 bis 7000 Exemplare; um so viel erhöht sich dann auch die Auflage. Daß ein Teil der tausenden Leser nach und nach zu den ständigen Abonnenten übergeht, scheint die Tatsache zu bestätigen, daß im letzten Vierteljahr die Abonnentenzahl in der Stadt um 820 zunahm. Aus alledem ist zu ersehen, daß die Genossen auch im Kriege in der Werbearbeit für ihr Parteiblatt nicht zu erlahmen brauchen, sie verspricht gerade jetzt guten Erfolg.

„In Freien Stunden.“ Diese Wochenschrift, die unter dem Zeichen „Gegen die Schundliteratur!“ von unserer Partei ins Leben gerufen wurde, vollendete nun bereits ihren 20. Jahrgang. Ein Blick in die reichhaltigen 40 Bände beweist, daß sie ihr Programm, den Arbeitern und Arbeiterinnen einwandfrei und doch fesselnden Lesestoff zu liefern, konsequent durchgeführt hat. Neben den besten Unterhaltungsschriftstellern finden wir die hervorragendsten Namen aus den Literaturen aller Kulturvölker und Zeiten. Der Hauptroman wird stets illustriert, und immer sind es Künstler von gutem Namen, die den Biblischmud schaffen.

In dem nun beginnenden 21. Jahrgang steht der vortreffliche Roman „Das tägliche Brot“ von Clara Diebig an erster Stelle; die Illustrationen zeichnet der Münchener Maler Professor Joseph Damberger. Daneben kommt zunächst die Meisternovelle „Im Nebel“ von Timm Kröger zum Abdruck, der weitere Erzählungen folgen.

Eine wesentliche Bereicherung wird der übrige Inhalt, der aus populärwissenschaftlichen Aufsätzen, Notizen usw. besteht, erfahren, und zwar vor allem in illustrativer Hinsicht: jedes Heft bringt mehrere Bilder, die entweder zum Text gehören oder auch selbständige Darbietungen sein werden. Sie beschränken sich ebenso wenig wie der textliche Inhalt auf vereinzelte Gebiete, sondern stellen Ausstrahlungen allen Lebens und Wissens in abwechslungsreicher Folge dar. Auch die Rubrik „Scherz und Satire“ wird in Zukunft Bilder aufweisen. Eine „Rätseltaste“ soll sich ihr anschließen. Und besonders unsere Hausfrauen wird es interessieren, daß von nun an auch ihrer jetzt so schwierigen Praxis gedacht werden soll, indem „Winks für Küche und Haus“ (zeitgemäße Kochrezepte usw.) Aufnahme finden werden.

Was in allem: wir können unseren Lesern das Abonnement auf diese Arbeiterwochenschrift bestens empfehlen. — um so mehr, als der Verlag — die Buchhandlung Bornharts in Berlin SW. — den bisherigen Heftpreis von 15 Pf. beibehält, eine Erhöhung also trotz des reicheren Inhalts nicht eintritt. Probehefte stehen allen Interessenten gern zur Verfügung. Auch der Zeitungsbote legt auf Verlangen ein Heft zur Ansicht vor.

7 Uhr-Posthalter-Schluß.

Vom 2. Januar hat auch die Post eine durch die Kriegswirkungen verursachte Minderung treffen müssen. Die Schalter werden jetzt schon um 7 Uhr abends geschlossen.

Warenumschlagstempel.

Von der hiesigen Steuerstelle für den Warenumschlagstempel wird uns mitgeteilt, daß bisher nur sehr wenige Vorbrüche zur Anmeldeung des Warenumschlages von den beteiligten Kreisen abgeholt sind. Im Gesetz sind erhebliche Strafen angedroht, und es wird jedem, der im Inlande ein festes Gewerbe oder ein Gewerbe im Umherziehen oder ein Wandergewerbe betreibt, zur Pflicht gemacht, binnen 30 Tagen nach Schluß des Kalenderjahres 1916, d. h. bis spätestens zum 30. Januar 1917, den Gesamtbetrag der Zahlungen, die er im Laufe des Jahres in seinem Geschäftsbetriebe erzielt hat, anzumelden.

Diese Anmeldepflicht beginnt bereits mit einem Jahresumsatz von mehr als 3000 Mark, also bei einer durchschnittlichen täglichen Geschäftseinnahme von nur 8,25 Mark. Es fallen somit alle kleinen Gewerbebetriebe, insbesondere bei den heutigen hohen Preisen, unter das Gesetz, und es kann den Gewerbetreibenden nur dringend empfohlen werden, mit Rücksicht auf den Andrang, der in den letzten Tagen zu erwarten sein wird, möglichst bald die Vorbrüche von der zuständigen Geschäftsstelle abholen zu lassen.

Guten Appetit! Der Kriegsausbruch für Konsumenten.

...essen schreibt uns:
 In welchen Mitteln manche Wursthersteller jetzt greifen, um die Wurst zu „strecken“, das zeigt folgendes Bild. In Hamburg werden jetzt an der Börse geschlittene und gefalgene Därme — nicht etwa zum Füllen, sondern zur Verwendung als Wursthalt — in großen Mengen gehandelt. Im Angebotspreis großer Tageszeitungen nimmt es außerdem von Verkaufs- und Kaufgeschäften. So ein bekannter Darmhändler in Frankfurt a. M. hat die vom Militär in Berlin anfallenden frischen, blanken Schweinedärme zum Verwerfen zu einem so hohen Preis gekauft — man sagt 9 Mk. — daß ein großer Berliner Darmhändler dies für nicht mehr normal erklärte. — In Nürnberg werden unter den Augen der städtischen Behörden die gefalgenen, ausländischen Kuttelflecke und Flecken zu 1,70 Mk. verkauft, während für das Pfund Schweinefleisch 1,60 Mk. bezahlt wird. Da die Berliner Schlächter ihren Nürnberger Kollegen im Wursthrecken sicher nichts nachgeben, so weiß man jetzt, weshalb sie gegen die „streckende“ Wurst in Presse und Versammlung toben. Die Stadt, als gemeinnützige Einrichtung, verwendet eben nur ehbare Rohstoffe, die Fleischer möglichst viele wasserlaufende, wenn auch ungenießbare Bestandteile. So kommt es, daß die Stadt nur bei entsprechenden Vorräten, die Fleischer aber immer „Wurst“ liefern können.

* Die hohen Preise für Süßigkeiten. Süßigkeiten und Schokoladen werden in der letzten Zeit vielfach zu Preisen gehandelt, die vielleicht unter dem Gesichtspunkt von Angebot und Nachfrage, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Herstellkosten gerechtfertigt sind. Das Kriegsernährungsamt hat deshalb bereits seit längerem mit der Zuckerzuteilungstelle für das Deutsche Süßkonditorenhandwerk in Würzburg Verhandlungen über die Festsetzung von Richtpreisen auch für Süßwaren eingeleitet. Die Verhandlungen werden so rasch gefördert, als es bei der Vielfältigkeit der Waren möglich ist. Auch ehe aber solche Preisbildung erfolgt, dürfen die Preise für Süßigkeiten nicht ungemessen erhöht werden. Wer Preise nimmt, die einen übermäßigen Gewinn geben, ist vielmehr auch jetzt schon strafbar; er würde ferner künftig Zucker nicht mehr zugewiesen erhalten. —

Keine Zwangsmassenspeisungen.

Den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes entnehmen wir: Von einer Nachrichtenstelle wurde die Mitteilung verbreitet, daß die Einführung einer Zwangsmassenspeisung bevorstehe oder beabsichtigt sei. Diese Mitteilung entbehrt jeglicher Begründung. Im Ausschuss für Massenspeisung des Beirats des Kriegsernährungsamtes ist über die Frage zwar eingehend verhandelt worden, die Zwangsmassenspeisung aber wurde verworfen. Jedoch sind die Bundesregierungen veranlaßt worden, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden, wo ein Bedürfnis vorliegt oder im Laufe des Winters eintreten kann, sofort Einrichtungen für Massenspeisungen (Kriegs-

küchen) soweit solche nicht vorhanden, treffen. Jedermann, der das Bedürfnis empfindet, soll hier Speisung zu angemessenen Preisen erhalten können.

Den Gemeinden ist freie Hand gelassen worden, die Regelung im Einzelnen den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen. Verlangt wird nur die Anrechnung eines entsprechenden Teils der Lebensmittelkosten. Die Anrechnung der Lebensmittelkosten in den Gastwirtschaften soll nach den gleichen Grundsätzen erfolgen wie in den öffentlichen Kriegsspeisestellen.

Es ist bedauerlich, daß man von der Einführung von Zwangsmassenspeisungen ablehnen will, da es nur mit ihrer Hilfe möglich wäre, die noch vorhandenen Nahrungsmittel allen Bevölkerungsschichten gleichmäßig zuzutommen zu lassen.

Hilfsdienst und Ernährung.

Mit diesen Fragen beschäftigte sich am 31. Dezember eine in Ems abgehaltene christliche Gewerkschaftsversammlung. Nach dem Referat des Gewerkschaftssekretärs Galowski wurde zu der praktischen Ausgestaltung des Hilfsdienstgesetzes gewünscht, daß die bisherigen Arbeiterausschüsse ihre Ämter niederlegen möchten, weil sie im allgemeinen nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter besitzen.

Zur Ernährung wurde gewünscht, daß für Kinder nicht bloß eine halbe, sondern eine volle Brotkarte gegeben werden möchte. Auch wurde besser gebadenes Brot gefordert. Der Redner beklagte, daß die Zivilbehörden in der Bekämpfung des Kriegswunders zaghaft und unentschlossen seien. In der Aussprache wurde billiger Abgabe des Essens bei der Massenspeisung verlangt. Bedauert wurde, daß das nichtverkaufte Essen zum Verfüttern gegeben würde, während es viele Arme gern essen würden. — Die, wie man auch hieraus sieht, allgemein beklagten Mängel der hiesigen Massenspeisung sollten gerade wegen der hohen Bedeutung, die der öffentlichen Speisung zukommt, gründlich abgestellt werden.

* Bezugscheine für Schuhwaren müssen auch bei Kauf auf Umtausch und Gutscheinen vorgelegt werden. Die Reichsbedarfsstelle erklärt hierzu, der Umtausch von bereits übergebenen Schuhwaren unterliegt der Bezugscheinplicht, weil ein neuer Kaufgegenstand zu Eigentum überlassen wird. Auch auf die Gutscheine dürfen Schuhwaren nicht ohne Bezugschein veräußert werden.

— Eine wichtige Entscheidung für das Krankentassenwesen wurde am Mittwoch, dem 20. Dezember, vor dem Erfurter Oberversicherungsamt gefällt, die für Krankentassen wie für Kriegserlebe gleich bedeutend ist. Der Sachverhalt ist folgender: Der Schlosser Otto S. aus Erfurt wurde als Schwerverwundeter vom Militär entlassen und fand Arbeit in der Gewehrfabrik Erfurt. Nach einiger Zeit erkrankte S. an den Folgen seiner Verwundung, einem Bauchschuß. Er wurde in das Garnisonlazarett Erfurt aufgenommen. S., der nun Mitglied der Betriebskrankenkasse der Gewehrfabrik geworden war, verlangte das ihm zustehende volle Krankengeld. Die

Kasse verweigerte die Zahlung, sie wollte dem Kläger nur ein Zehntel des Krankengeldes zahlen, weil er ja von der Militärverwaltung freie Anstaltsbehandlung erhalten habe und ihm demnach von der Kasse nur ein sogenanntes Hausgeld zustehe. Der Kläger aber vertritt die Ansicht, daß die Kasse ihm das volle Krankengeld zu zahlen habe, denn er habe von ihrer Anstaltspflege nicht beansprucht. Die vom Militär gewährte Pflege dürfe ihm nicht angerechnet werden. Der Vertreter der Kasse führte an, daß, falls die Ansicht des Klägers zutreffend sei, die Kassen derart finanziell belastet würden, daß ihre Existenz in Frage gestellt sei, weil schon jetzt Tausende von Kriegserlebten in Staatswerkstätten beschäftigt werden, die jeden Augenblick in dieselbe Lage kommen könnten wie der Kläger. Das Oberversicherungsamt verurteilte die Kasse zur Zahlung des vollen Krankengeldes. Es sei, so hielt es im Urteil, zwar richtig, daß den Kassen eine außerordentlich hohe Belastung drohe, aber für die Beurteilung der Sache kämen die jetzt geltenden Gesetzesbestimmungen in Frage und die zwingen zur Verurteilung der Kasse. — Von dem Vertreter der Kasse wurde wegen der prinzipiellen Bedeutung der Sache sofort Revision beim Reichsversicherungsamt angemeldet.

Standrechtlich erschossen

wurde am 30. Dezember auf dem Schießstand in Saspe der russische Kriegsgefangene Nikolaus Teodorow, der nach seiner Entweichung aus dem Gefangenenerlager in Witow auf der Flucht in der Brauerei Gegend mehrere Brände anlegte und nach seiner Festnahme auf dem Transport nach Dirschau den Landsturmmann Bindser erschlug. Er war dafür vom Kriegsgericht in Danzig viermal zum Tode verurteilt worden.

* Heimaturlaub. Sämtliche Truppenteile sind erneut ersucht worden, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß Mannschaften, die ein Jahr und länger ununterbrochen im Felde gestanden und in dieser Zeit noch keinen Urlaub gehabt haben, — vor allem den Verheirateten — ein Urlaub erteilt wird. Es wird angestrebt, diesen Leuten auch ohne amtliche Bescheinigung einen kurzen Urlaub zu gewähren, soweit die militärischen Interessen es irgend zulassen. Mit zunehmender Kriegsdauer hat eine zweckmäßige gleichartige und gerechte Berücksichtigung aller Heeresangehörigen bei Erteilung von Urlaub erhöhte Bedeutung gewonnen. Wenn aus vollwirtschaftlichen Gründen Angehörige einzelner Berufsgruppen zu bestimmten Zeiten vorzugsweise berücksichtigt werden müssen, so soll doch in gleicher Weise den Erfordernissen aller übrigen Erwerbszweige, — besonders genannt sind auch die Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes — in möglichst weitem Umfang Rechnung getragen werden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
 Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
 Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Das tägliche Brot



von C. Diebig

Illustriert von J. Hamburger-Milagen

In Freien Stunden

Am 1. Januar beginnt die Romanzeilung der deutschen Arbeiterzeitung ihren 21. Jahrgang. Sie ist in der Kriegszeit ein willkommenes Genesemittel, namentlich den zahlreichen Frauen, die sich in einer Sonntagshand erholen wollen von der Last ihrer Sorgen und den schweren Eindrücken der kriegerischen Ereignisse. „In Freien Stunden“ werden ihren Bedürfnissen nach noch abwechslungsreicher gestaltet. Insbesondere wird die Zahl der Bilder aus allen Wissens- und Lebensgebieten reichlich vermehrt und einige neue Rubriken (z. B. Fabel und Rätsel für Kinder und Haus) werden neu eingeführt werden. Jeder Abonnent ist als Beitragsmitglied in die an der immer weiteren Verbreitung dieser guten und billigen Wochenzeitung mitzubedenken und sie auch den Angehörigen im Felde zukommen lassen. **15 Pfennig.**

„In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Der und Strecke:

(Der Bestellpreis ist einschließlich dem Porto zu verstehen.)

Wochenprogramm des Danziger Stadttheaters.

Montag, den 8. Januar, 7 1/2 Uhr: „Gabriel Schillings Flucht“, Drama von Gerhart Hauptmann.

Dienstag, den 9. Januar, 7 Uhr: „Lohengrin“, von Wagner.

Mittwoch, den 10. Januar, nachm. 3 Uhr: „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging“, Weihnachtsmärchen, abends 7 1/2 Uhr: „Der Sigenerbaron“, von Strauß.

Donnerstag, den 11. Januar, 7 1/2 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Oper von Nicolai.

Freitag, den 12. Januar, 7 Uhr: „Carmen“, Oper von Bizet.

Sonnabend, den 13. Januar, 3 Uhr: Kindervorstellung, abends 7 1/2 Uhr: „Kabale und Liebe“, von Schiller.

Sonntag, den 14. Januar, 3 Uhr: Kinder vorstellung, abends 7 1/2 Uhr: „Der seltsame Balduin“, Familienstück von Walter Kollo.

Bekanntmachung.

Die Verordnung vom 23. Mai 1916, betreffend das Verbot der Einfuhr und des Vertriebes aller aus dem feindlichen Ausland stammenden Modedräher, Modzeichnungen, Mode- und ähnlichen Fachzeitschriften (R. A. B. Danzig, Seite 194, Köstlin, Sonderblatt zu Stück 21 vom 1. 6. 16, Marienwerder, Seite 287) wird hiermit aufgehoben. Das Zahlungsverbot gegen das feindliche Ausland wird hierdurch nicht berührt.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 27. Dezember 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl. Blusen Handkchuße zu billigsten Preisen.

Julius Goldstein

Lebensgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Moderne illustrierte Zeitschriften

Der wahre Jakob 10 Pfennige Jugend 40 Pfennige Simplicitas 30 Pfennige

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32

Jeder liest in der

Albert Bonnier's 30 Pfennig-Bücherei

Die besten Werte der modernen Literatur

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse Nr. 32

Der **Neue-Welt-Kalender für 1917**

ist für 50 Pf. (nach auswärts 10 Pf. Porto) zu beziehen durch die **Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32**

Arbeiter-Notiz-Kalender 1*9*1*7

Mit dem Porträt des verstorbenen Genossen Bide geschmückt, reißt sich der diesjähr. Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielfältige Inhalt ist insbesondere den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepasst. Außer einem reichhaltigen Kanakalender und Adressen-Material und sonst willkommenden Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Kapitalabhebung an Stelle von Arieas-Verforgung. — Bücher zur Kriegsfürsorge. — Sozialdemokratie und Volksernährung in der Kriegszeit. — Was ist die besitzliche Sozialdemokratie? von G. B. — Die Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr. — Der alte Föderal.

Preis gebunden 60 Pf.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volkswacht**

Drucksachen

für Handel und Gewerbe, sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flach- und Rotationsdruck

Volkswacht

Danzig

Paradiesgasse Nr. 32

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polizeiverfall

Was verlangt? Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig

Berno Schmidt, Marienbader 35

Danziger Nachrichten

Unsere Jahresfeier.

Gemeinsam hatten die Sozialdemokratischen Vereine Danzig-Stadt und Danzig-Land am 31. Dezember in den Räumen der Ostbahn in Ohra ihre Jahresfeier veranstaltet. Die Genossen und Freunde der Arbeiterbewegung waren wieder in überaus großer Zahl gefolgt. Der geräumige Saal war in allen Teilen gefüllt. Stärkerer Besuch hätte nicht gut untergebracht werden können. Diese Tatsache ist besonders erfreulich wegen des geschlossenen Zusammengehörigkeitsgefühls, das dadurch zum Ausdruck kam. Die festlichen Veranstaltungen zeugten durchweg von gutem Geschmack. Die Kapelle des Landsturm-Bataillons Chemnitz konzertierte und bot in einem gewählten Programm gute musikalische Leistungen. Im Mittelpunkt des Abends stand die vierstimmige Posse Robert und Bertram, deren gesunder Humor auch hier ohne Übertreibung zur Geltung kam. Sämtliche Darsteller nahmen ihre Aufgaben ernst. Am wirksamsten betätigten sich die Träger der Titelrollen. Sie trugen zum Gelingen des Ganzen das Beste bei. Neben ihnen verdienen aber auch andere der Bühnenkünstler volle Anerkennung. Einige Szenen gefielen so, daß sie, z. B. in der vierten Abteilung, auf die Forderung der Zuhörer wiederholt werden mußten. Um die zwölfte Stunde widmete Genosse Gehl der Jahreswende einige betrachtende und vorausschauende Worte. Er schloß mit der Hoffnung baldigen Friedens. Dann erfreute die gefangene und jugendliche Arbeiterjugend mit dem Vortrage von Volks- und Jugendliedern unter Gitarrebegleitung. Wie immer fanden die jugendlichen Sängerinnen und Sänger ungeteilten Beifall. So wurde unsere Jahresfeier ein wohl gelungenes Fest, dessen sich jeder Teilnehmer gern erinnern wird.

Gesellige Veranstaltungen.

Der Arbeitergesangverein Sängergruh hatte seine Mitglieder und Freunde am ersten Weihnachtstage im Bürgergarten überaus zahlreich zu einer geselligen Veranstaltung versammelt. Das geräumige Lokal konnte die Gäste gerade noch fassen. Der Verein ließ wieder tüchtige Gesangsleistungen hören. Gute theatralische Vorstellungen und ebenfalls beifällig aufgenommene musikalische Gaben boten abwechslungsreiche Unterhaltung.

Freie Turnerschaft Danzig.

Die freien Turner begingen ihre Weihnachtsfeier im geselligen Kreise am zweiten Weihnachtstage im Bürgergarten. Die Vorstellungen wurden fast ausschließlich von den Turnern selbst bestritten. Ihre Leistungen zeigten durchweg gute körperliche Durchbildung. Die geschmackvoll gestellten lebenden Bilder gelangten ausgezeichnet. Daneben fanden Übungen an Red und Barren durch die Kraft und Sicherheit ihrer Durchführung starken Beifall. Der erfolgreiche Abend hat auch werbend für die freien Turner gewirkt. Sie konnten im Anschluß daran die Zahl ihrer Mitglieder erfreulich vermehren.

* Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 1. Januar 1917 ab ist der Wert der Beitragsmarken zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erhöht. Es betragen die Marken in Lohnklasse I 18 Pf., in Lohnklasse II 26 Pf., in Lohnklasse III 34 Pf., in Lohnklasse IV 42 Pf. und in Lohnklasse V 50 Pf. Der Verkauf

der neuen Marken durch die Postanstalten beginnt am 27. Dezember d. S. Die Marken in alten Werten sind nur noch gültig für Arbeitszeiten, die vor dem 1. Januar 1917 liegen. Für die Zeit nach dem 1. Januar 1917 dürfen die alten Marken nicht mehr verwendet werden. Unverwendet gebliebene Marken in alten Werten werden bis zum 30. Juni 1917 von den Postanstalten gegen neue Marken in entsprechenden Werten umgetauscht.

Recht auf Agitation.

Am 29. Dezember verhandelte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts gegen den Genossen Engelhardt, Angestellter des Zimmererverbandes, wegen einer Angelegenheit, die am 11. November vor dem Schöffengericht zu seiner Verurteilung geführt hat. Er wurde damals wegen der Verletzung des bekannten Paragraphen 153 der Gewerbeordnung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der ebenfalls angeklagte Zimmerer Jürgen erhielt eine Strafe von 15 Mark oder drei Tage Haft. Engelhardt wurde zum Vorwurf gemacht, daß er den Zimmerpöster Großhaus durch eine Drohung veranlassen wollte, wieder dem Zimmererverbande, aus dem er wegen Nichtzahlung der Beiträge ausgeschlossen worden war, beizutreten. Großhaus gab vor dem Schöffengericht als Zeuge selber an, daß er Engelhardt gefragt habe, ob er sich vielleicht dem roten Verbände anschließen solle. Als G. die Frage bejahte, habe er, G., ihn mit dem Spaten über den Kopf schlagen wollen. Engelhardt soll darauf erklärt haben, er werde ihm beweisen, daß er sich organisieren müsse. Später wollte er von mehreren Arbeitgebern entlassen worden sein, was nach seiner Meinung von Engelhardt veranlaßt wurde. Er behauptete dies besonders für das Baugeschäft der Firma Böbling. Die Auseinandersetzung erfolgte am 5. Juni beim Umbau des Stadttheaters. Das Schöffengericht nahm an, daß Engelhardt tatsächlich bei Böbling wegen der Entlassung des C. vorstellig geworden sei, und kam auch aus diesem Grunde zu Verurteilung. Vor der Berufungsstrafkammer erklärte Baugewerksmeister Richter, der Inhaber der Firma Böbling, als Zeuge, daß niemand von ihm die Entlassung des G. gefordert habe. Der Zimmerpöster Farr bezeugte, daß die Leute mit G. seiner Unverträglichkeit wegen nicht zusammenarbeiten wollten. In erneuter eingehender Verhandlung kam die Strafkammer zur Freisprechung. In der Begründung wurde erklärt, die Arbeiter hätten das Recht, sich zu organisieren und für die Organisation Mitglieder zu werben. Hierbei sei nur die Anwendung körperlichen Zwanges, der Drohung, der Ehrverletzung und Berufserklärung ausgeschlossen. Im vorliegenden Falle seien diese strafbaren Mittel nicht angewandt. Es komme auch keine Drohung in Frage. Auf alle Fälle würde nur eine solche Bedrohung zur Strafbarkeit führen, die die Merkmale der Paragraphen 240 und 41 des Strafgesetzbuches trage. Eine solche sei aber nicht einmal behauptet worden. Obwohl der Staatsanwalt die Verwerfung der Berufung beantragte, kam das Gericht aus den vorstehenden Gründen zur kostenlosen Freisprechung. Die Berufung des mitangeklagten Zimmerers Jürgen, der sich in Berlin befindet und deshalb nicht anwesend sein konnte, wurde verworfen. Er war übrigens aus einem anderen Anlaß angeklagt. — Die Freisprechung G.s erfolgte mit einer Begründung, die sich günstig von manchen anderen Urteilen ähnlicher Art unterscheidet. Bei der Mitteilung des Schöffengerichtsurteils äußerten wir die Ansicht, daß die Verurteilung wohl nicht ausgesprochen worden wäre, wenn das Gericht die Äußerung

weniger formell gewürdigt haben würde. Die Strafkammer hat dieser Erwartung entsprochen. Sie kam damit zu einer Entscheidung, die in allen Kreisen, die für soziales Empfinden Verständnis haben, Billigung finden wird.

Selbstverwaltung und Allgemeine Ortskrankenkasse.

Von der gesetzlich gewollten Selbstverwaltung konnte in der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse nur sehr beengt die Rede sein. Drei Jahre lang hatte sie noch keinen gewählten Vorsitzenden! Die Stelle eines solchen besetzte ein vom Magistrat bestellter Vertreter; die Kassenorgane, Vorstand und Ausschuß, hatten auf seine Auswahl keinen Einfluß. Einen gewählten Vorsitzenden hätte die Kasse jedoch längst haben können, wenn die Vertreter der Arbeitgeber und die des christlich-sozialen Ausschusses den Vertretern der freien Gewerkschaften das Recht eingeräumt hätten, das ihrem Einfluß in der Mitgliedschaft nach dem Ergebnis der Ausschlußwahl entsprach. Dazu hatte man jedoch leider keine Neigung. Auch der Burgfrieden änderte an diesem unerfreulichen Zustande nichts. Ohne Rücksicht auf die Wahlziffern und die größere Stärke der freien Gewerkschaften im Ausschuß verweigerte man ihnen den stellvertretenden Vorsitzenden und besetzte diesen Posten mit einem Angehörigen der christlichen Gewerkschaften. Für den Vorsitzenden forderte das Gesetz die Mehrheit der Stimmen auf Seiten der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Deshalb konnte zunächst dieser Posten gegen den Widerspruch der freien Gewerkschaften nicht besetzt werden. Später verloren diese eine Anzahl ihrer Vertreter auch im Vorstande durch Einberufungen. Sie wurden schließlich durch christliche Vertreter ersetzt. Zurzeit sitzen 3 Vertreter der freien Gewerkschaften und 5 des christlich-sozialen Ausschusses — neben 4 Arbeitgebern — im Vorstande. Nun konnte der Widerspruch der Freiorganisierten die Wahl des Vorsitzenden nicht mehr beeinflussen. Diese Wahl wurde jedoch von allen Seiten immer mehr als Notwendigkeit anerkannt. So wurde am 29. Dezember Kaufmann Erich Karakutsch einstimmig als erster Vorsitzender der Kasse gewählt. Den äußeren Anlaß dieser Wahl bot der Umstand, daß der zuletzt amtierende bestellte Vertreter, Magistratsassessor Berent, zum Heere einberufen wurde.

Es bleibt noch wie vor bedauerlich, daß die stärkste Gruppe der Versicherten, die freien Gewerkschaften, von der Besetzung der Ämter im Vorstande ausgeschlossen bleiben. Sieht man hiervon ab, so ist aber aus persönlichen Gründen zu erwarten, daß der Neugewählte sein verantwortungsvolles Amt so auffassen und handhaben wird, daß auch die Zustimmung der freiorganisierten Arbeitervertreter sich nicht als Fehler erweisen wird.

Kurze Zeit vor der ersten Wahl eines Vorsitzenden wurde der Geschäftsleiter Lindenau, noch vor Ablauf des Probejahres, dauernd mit dem Titel Verwaltungsdirektor angestellt.

Danzigs Ernährung.

behandelte eine leider nicht genügend stark besuchte Versammlung, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen am 29. Dezember in der Aula der Oberrealschule zu St. Petri und Pauli abhielt. Das einleitende Referat hatte Dr. Grünspan, Direktor des städtischen Kriegsernährungsamtes, übernommen. Er behandelte mit Sachkunde das umfangreiche Gebiet der Kriegsernährungsfragen. Neben der Besprechung der Maßnahmen für die besonderen Ernährungsweise vertrat er den Standpunkt, daß die Meinung falsch sei, die da behauptet, daß es des behördlichen Eingreifens auf dem Ernährungsgebiet nicht bedürfe. Dem freien Handel sei es nicht gelungen, die Ernährung sicherzustellen. Der Beweis sei noch jetzt bei den Waren zu erbringen, für die noch keine Regelung getroffen sei. So z. B. sei jetzt Käse überhaupt nicht mehr zu haben. Es habe sich als notwendig erwiesen, auch die Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel von den Behörden in die Hand zu nehmen. Die bloße Festsetzung von Höchstpreisen genüge nicht, es müßten wirtschaftliche Schutzmaßnahmen durch die Gemeinden hinzukommen. Dies sei in Danzig durch die Beschaffung von Waren im Werte von 25 Millionen Mark geschehen. Die Stadt habe 100 000 Zentner Wruken beschafft und 80 000 Zentner davon eingemietet. Auch Kohl und Rüben seien beschafft. Es seien Lieferungsverträge mit Obstzeugern abgeschlossen. Der Gänsewucher sei unverantwortlich; man könne gegen ihn von der Stadt aber nicht mit Höchstpreisen vorgehen, weil dann die Ware einfach nach auswärts geschickt werde, wo die Preise höher seien. Redner war ebenfalls der Ansicht, daß das Brot in Danzig nicht gut gebakken werde. Dieser Mangel liege nicht am Mehl. 4000 Haushaltungen Danzigs stellten aus demselben Mehl gutes Brot her. Das Verbot der Kuchenherstellung sei noch nicht beschloffen. Wenn die Bevölkerung es aber wünschen sollte, werde man dazu kommen. Zu beachten sei, daß nicht meilige Familien Kuchen kaufen, weil sie mit dem Brot nicht reichten. Die Zusatzfaktoren für Schwerkstarbeiter sollen jetzt von einem Ausschuß verteilt werden, in dem Arbeiter und Arbeitgeber besitzten. Die Hindenburgspende habe bisher etwa 115 Zentner an Schmalz und Speck für die hiesigen Schwerarbeiter gebracht. Bei der Ausgabe von Milchkarten für Kranke habe der Magistrat keinen Einfluß. Sie geschehe allein durch eine Kommission des Danziger Arbeitervereins. Die bisher vorhandenen Mängel bei der Milchlieferung nach Danzig sei erheblich — von 80 000 Liter in Frieden bis jetzt 20 000 Liter täglich — zurückgegangen. Viele Landwirte beschafften sich Zentrifugen und verarbeiteten die Milch selber. Nach dem Erlaß einer Verfügung, die Höchstpreise für Vollmilch und Rahm Milch festzusetzen werde, dürfe sich die Milchlieferung bessern. Die Regelung durch Karten habe allgemein günstig gewirkt und das Stehen vor den Läden verhindert. Es kommen nun noch die Kartenregelung für Käse und Fische in Frage. Die Regelung des Eierverbrauchs sei nicht gegliedert, weil keine Eier mehr vorhanden seien. Der Magistrat wolle aber ebenfalls

Neujahrsnacht im Schützengraben.

Von Georg Britting (Leutnant im Felde).

Leuchtkugel steigt langsam empor,
Nun hängt sie, dem Monde gefellt,
Und giebt über Graben und Feld
Ihres Lichtes blauweißen Flor.

Ich hebe das näherne Kopf,
Verlassen Nacht grämlich ein Schuß,
Wem galt wohl der bleierne Gruß?
Und die Nacht schweigt tief wie zuvor.

Leuchtkugel verblaßt und zerfällt,
Der Mond scheint milder und klar.
Da tritt in die dämmernde Welt,
Die schweigt und den Atem verhält,
Das Jahr.

(Aus dem „Turner“.)

Danziger Stadttheater

Lohengrin.

Oper von R. Wagner.

In der Sagenwelt fast aller Völker finden wir die Geschichte von dem strahlenden Ritter, der von himmlischen Höhen niedersteigt, und der bedrängten Unschuld zur Hilfe kommt. Auch die deutschen Heldengedichte des Mittelalters behandeln diesen Stoff, nur das hier der Held Lohengrin von christlich-mystischem Geiste erfüllt ist. Wagner war durch seine mittelalterlichen Studien auf diesen Stoff aufmerksam geworden; in den Jahren 1845 bis 1847 entstand seine Oper Lohengrin.

Eine Aufführung des Werkes stieß auf große Schwierigkeiten. Der Komponist, der damals Hofkapellmeister war, hatte sich in den reaktionären Hofkreisen durch sein freies Streben höchst unbeliebt gemacht. Seine bisher erschienenen Opern verschwanden vom Spielplan, an eine Aufführung des neuen Werkes war nicht zu denken. Als der Meister sich bald darauf auch an dem Maiaufstand 1849 in Dresden beteiligte, mußte er als Geächteter Deutschland verlassen. Zur Aufführung des Lohengrin, die sein Freund Franz Liszt 1850 in Weimar ermöglicht hatte, konnte Wagner aus jenen Gründen nicht erscheinen. Er sah sein Werk erst 1861 in Wien zum erstenmal auf der Bühne. Die Oper konnte sich nur schwer gegen den allgemeinen Widerspruch des Publi-

kums und der Kritik durchsetzen; heute gehört Lohengrin mit annähernd 400 Aufführungen im Jahr zu den Lieblingsopern der Deutschen.

Die neue hiesige Aufführung stand auf ansehnlicher Höhe. F. Stein wußte in der Titelrolle sowohl das Heldenhafte als auch den lyrischen Ton gut zu treffen. Eine liebliche Elsa bot Fr. Japfen, Fr. v. Czarlinska eine dämische Ortrud. Würdig in Gesang und Spiel war der König des Herrn Sebach und der Herrufer des Herrn Schimmel. Um die Leitung hatten sich Kapellmeister Schwarz und Spielleiter West wohlverdient gemacht.

Nathan der Weise.

Dramatisches Gedicht von Lessing.

„Einen Sohn des eintretenden Alters, den die Polemik hat entbinden helfen,“ so nennt Lessing dieses sein letztes Drama. Er hatte in seinen letzten Lebensjahren Anstellung als Bibliothekar des Herzogs von Braunschweig gefunden. In jener Zeit war er in einem heftigen wissenschaftlichen Streit sowohl mit strenggläubigen Theologen als auch oberflächlichen Aufklärern geraten. Diese Auseinandersetzungen verbot der Herzog.

Unter solchen Umständen kam Lessing auf die Idee, seine Gedanken wieder einmal auf der Theaterbühne vorzutragen. So entstand das dramatische Gedicht Nathan der Weise, das gedankentiefes Hohelied wahrer Religiosität, frei von Unduldsamkeit und Fanatismus. Das Kernstück des Dramas ist das berühmte Gleichnis von den drei geheimnisvollen Ringen, die ein Vater seinen Söhnen hinterläßt, und von denen keiner echt ist. Mit den Ringen verglich der Dichter die drei Religionen: Judentum, Christentum und Mohammedanismus. Das edle Wort Lessings fand zunächst keine Anerkennung. Angriffe und Verbote wurden ihm wegen des Wertes. Es setzte sich aber durch. Für uns blieben die Worte wahr, die Herder schrieb: Das Werk lobt den Meister und ist eines Mannes Werk.

Die Aufführung des klassischen Werkes hinterließ einen guten Eindruck. Die Künstler wurden im allgemeinen ihrer Aufgabe voll gerecht. Unter den Leistungen ragte besonders die Gestalt des Nathan in der Verkörperung des Herrn Werthe hervor. Auch der Saladin des Herrn Henry verdient Lob. Eine liebliche Recha schuf Fr. Kulle. Ausgezeichnet war Fr. Bera als Sitta. Das gutbesetzte Haus spendete starken Beifall.

Die Lieferung von Eiern im größeren Maßstabe veranlassen. An übrigen sei jetzt das bisherige Verfahren geändert. Falls Eier würden nicht mehr geliefert werden oder könnten zurückgegeben werden. Die zwingende Massenpeisung empfinde sich nicht. Man könne sie aber durch Uebergangsmassnahmen ausgleichen; auch müsse sie durch die Fabrikpeisung ergänzt werden. Für bessere Regelung der Erzeugung der Nahrungsmittel seien Strafen nicht zu empfehlen. Viel vorteilhafter sei die Gewährung von Prämien, die viel eher zu dem erstrebten Ziel führten.

In der Debatte wendete sich Genosse Gehl, der Leiter der Versammlung, gegen die Ansicht des Vortragenden, daß Prämien die Produktion im Interesse der Verbraucher günstig beeinflussen. Die Auffassung habe sich bei den Sozialisten und der Druckindustrie als falsch erwiesen. Zuwendungen in dieser Form veranlassen die Erzeuger nur, die Nahrungsmittel in schlechterer und ungenügender Beschaffenheit zu liefern. Wirklich nützlich sei nur die zwingende Regelung der Produktion nach dem Bedarf. Dadurch könnte die notwendige Menge bestimmt und auch die Preise geregelt werden. Ein weiterer Redner Köppen stellte sich als Mitglied des Ausschusses der Kaiserlichen Werft vor. Er beklagte, daß es trotz der Fleischkarte manchmal nicht das Fleisch gäbe, auf das man Anspruch habe. Am der Woche vor Weihnachten sollten 1000 Zentner Breittlinge verkauft sein; es sollte aber auch dafür gesorgt werden, daß die Fische nicht wieder an die Bessergüter abgegeben würden. Durch Vermittlung der Großbetriebe sichere man sie viel besser den Arbeitern. Die Gänse, die die reichen Leute wegen der teuren Preise kauften, nehmen die Gerste weg, die die Schwerarbeiter notwendig brauchten. Die Stadt bekomme so wenig Knochen zur Fettentziehung, weil die Fleischer sie häufig trotz des Angebots nicht kaufen. Die Massenpeisung sei sehr zu erwägen. Werde sie aber eingeführt, so dürfe sie nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern allgemein für arm und reich gelten. Dasselbe Essen müsse ohne Unterschied auch in den besten Hotels verabreicht werden. Die gerechte Verteilung der Lebensmittel sei eine unbedingte Notwendigkeit. Milch müsse auch den Arbeitern, die besonders kräftig, mit Säuren usw. beschäftigt werden, geliefert werden. Dr. Grünspan erklärte hierzu, daß die Frage, wer Schwerarbeiter, nicht vom Magistrat, sondern von der Arbeiterklasse entschieden werde. Ein weiterer Redner, Ziemann, bemängelte, daß ein Unter Eß aus den Volkstüchern nicht genüge. Zur Massenpeisung hätten die Arbeiter kein Vertrauen, weil sie dort keine Vertreter hätten. Er sei zwar dort zur Mitwirkung bestimmt, aber nicht herangezogen worden. Von der Hindenburgspende hätten nur sehr wenige einen Vorteil. Die gerechte Verteilung der Lebensmittel sei unumgänglich notwendig; ihr müsse die allgemeine Massenpeisung ohne jeden Unterschied folgen. Auf den Zweifel des Redners, ob jetzt wirklich die faulen Eier zurückgenommen würden, befragte Dr. Grünspan wiederholt, daß die städtische Tierstelle dazu verpflichtet sei. Die jetzige Massenpeisung leide er sehr und wisse deshalb auch nicht, weshalb der Betrieb noch so funktioniere. Die Genossin Leu wendete sich an die Frauen. Sie machte eine Reihe praktischer Vorschläge für die Abgabe der Lebensmittel. Vor allen Dingen sei notwendig die allgemeine Schulpflichtung, die im Interesse der Jugend unbedingt eingeführt werden müsse. Ein Vertreter des Konsumvereins wünschte, daß man nicht auf den schlechten Brot der Bäcker zurückgehe, sondern eine strengere Kontrolle übe. Der Fischverkauf sollte von der Stadt selbst durchgeführt werden. Dr. Grünspan war mit der Genossin Leu der Meinung, daß die Fische nicht nur auf dem Fischmarkt verkauft werden dürften. Im übrigen habe der Käufer auch bei Unter Anspruch auf Rechtsgewicht. Er habe ein Gutachten des Vorstehers der Kaufmannschaft, das das Gegenteil belege, nicht übersehen können. Ein weiterer Redner befragte die Ansicht des Vortragenden, daß der Gesundheitszustand der Kinder besser sei als im Frieden. Höchste Zeit könne die Eltern sich die Diätung erlauben, um sie den Kindern zu geben. Vielfach würden Lebensmittel unter der Hand beiliegen. Allgemeine Volkstücher müßten kommen. Obermeister Gagnon der Fleischverwertung meinte, daß die Fleischer nur alte Knochen abschlecken, aber sehr langsam. Dann wendete er sich gegen die Behauptung, daß die Käufer nicht immer die ihnen zustehende Fleischration erhielten. Dr. Grünspan hatte vorher darauf erwidert, daß dies bei der strengen Kontrolle der Fleischverwertung nicht möglich sei. Es sei nur denkbar, wenn die Fleischer Fleisch an die Arbeiter abgeben könnten, wenn es nicht möglich wäre, es sonst nicht möglich, in Restaurants Fleisch zu essen ohne Karten abzulegen. Es würden regelmäßig einige von den Fleischern gekauft. Dies könne auch daher sein, weil der Verkauf des Fleischens in der Stadt sehr langsam ist. Dies ist aber fast immer weniger als die Bevölkerung, weil das Fleisch nicht so schnell abgenommen werden kann. Er fragte, wie dem Sozialisten die Verteilung des Fleisches an die Arbeiter unter Aufsicht eines Komitees der Arbeiterklasse möglich sei. Er habe ihm gelagt, er solle den Fleischer meinetwegen nicht als einen besonderen Mann ansehen, weil die Bäcker die gleiche Behandlung bekommen. Er solle sich vorstellen, daß er ein anderer Fleischer kämen gegen diese Verteilung protestieren und die ihnen zustehende Ration nicht erhalten. Andere Fleischverarbeiter können jedoch keinen Anspruch erheben und werden erhalten. So komme es, daß sie ihre Ration nicht erhalten können. Dr. Grünspan hatte sich für das, was vom Vorstand der Arbeiterklasse der Stadt beschlossen ist, gegen den Vorschlag, Ration der Arbeiter zu nur von den Fleischern zu bekommen, der Meinung geäußert. Die Massenpeisung müsse nach zwei Stunden. In der Zwischenzeit könne ein Vertreter des Generalkomitees sein.

Aus Westpreußen

Über die Verteilung der Lebensmittel in Westpreußen. Die Arbeiterklasse in Westpreußen ist durch die Verteilung der Lebensmittel in großer Not. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Verteilung zu verbessern. Die Arbeiterklasse fordert jedoch eine noch stärkere Kontrolle der Lebensmittelverteilung.

all entstanden, aber das dann wieder eingetretene Tauwetter und vor allem der Westwind hat alles wieder zertrümmert. Auf den Haffs trieb das Eis am Ostufer zusammen. Der größte Teil des Eises vom Frischen Haff geriet am Montag infolge des Sturmes in den Regel hinein, wo er am Holsteiner Damm zu einer meterdicken Schicht zusammengeschoben wurde. Das Frische Haff ist nun zum größten Teil wieder eisfrei. Am Montag kamen auch noch einige Rähne mit Kohlen von Elbing über das Haff. Früher ruht der Kahnverkehr, einige Dampfer sind aber wieder gefahren. Die Leuchtfeuer brennen noch und die Fischer mit Booten ist im Gange. Wenn kein stärkerer Frost eintritt, können auch die Tourdampfer zwischen Königsberg und Elbing und Donzig wieder fahren. In den Mündungsarmen der Weichsel, die zum Haff führen, liegt zwar Eis, es ist aber in der Weichsel durchbrochen, so daß hier Dampfer unbehindert durchfahren können. Auf der Stromweichsel sieht man leichtes Treibeis, das selbst für Rähne nicht gefährlich wäre. Doch ist der Kahnverkehr eingeschränkt, da leicht bei einer geringen Verstärkung des Frostes Gefahr entstehen könnte. Im Kurischen Haff ist an der Nehrungsseite offenes Wasser, am Ostufer dagegen liegt viel Eis, und die Mündungsgewässer des Memelgebietes sind mit leichtem Eis bedeckt, das nicht hält, noch bricht — Schuttarp schiffmüßiger Art, der jeden Verkehr unmöglich macht. Auf dem Memelströme geht so viel Treibeis, daß die zwischen Tilsit und den Memelorten fahrenden Raddampfer den Verkehr einstellen mußten. Den Schraubendampfern, die mit Gütern zwischen Tilsit und Königsberg zu fahren pflegen, ist das Eis jedoch nicht gefährlich, und vielleicht wird deshalb dieser Güterverkehr im neuen Jahre gleich wieder aufgenommen werden können. Geht es auf den Binnengewässern fast gar nicht.

Aus der Partei

Reichskonferenz der Parteiopposition

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben:

In einem Rundschreiben wird von einigen Parteigenossen zu einer am 7. Januar tagenden Reichskonferenz der auf dem Standpunkt der Parteiopposition stehenden sozialdemokratischen Organisationen und Parteigenossen eingeladen. Nach dem Rundschreiben sind teilnahmeberechtigt, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft und der Genosse Rähne (bei keiner Fraktion), ferner Delegierte der Wahlkreisorganisationen, die sich auf den Boden der Opposition stellen. Den oppositionellen Genossen in den übrigen Wahlkreisen wird empfohlen, sich über gemeinschaftliche Delegation zu verständigen.

Die Konferenz soll sich mit der Taktik der oppositionellen Abgeordneten im Reichstage und mit Organisationsfragen beschäftigen.

Demgegenüber müssen wir erklären, daß die Veranstaltung einer solchen Konferenz im Gegensatz steht zum Organisationsstatut der Gesamtpartei und mit der organisatorischen Einheit der Partei unvereinbar ist. Die Berufung von Konferenzen der Parteiorganisationen kann nur durch die im Organisationsstatut bezeichneten Körperschaften erfolgen. Hier wird von unberufenen Parteigenossen versucht, Parteiorganisationen und deren Mittel in den Dienst einer Sondergruppe zu stellen. Wir raten den Parteiorganisationen eindringlich, dieses parteierstörende Treiben nicht zu unterstützen.

— Ein Parlamentsjubiläum. Am 10. Januar 1917 werden es 40 Jahre, seitdem Reichstagsabgeordneter Genosse Wilhelm Bloch zum ersten Male in den deutschen Reichstag gewählt wurde. In dem heftigen Wahlkampf, der im Jahre 1877 tobte, wurde Genosse Bloch im Alter von 23 Jahren im Wahlkreis Neuchâtel a. S. mit 4031 gegen 2045 nationalliberale und 1009 konservativ Stimmen gewählt. Allerdings ist er im Jahre darauf unter dem Einfluß der Attentatschöke wieder unterlegen, eroberte den Kreis aber im Jahre 1881 wieder, und zwar in der Stichwahl mit 4711 Stimmen gegen seinen konservativen Gegner, der es auf 2613 Stimmen brachte. Bei der folgenden Wahl 1884 siegte Bloch bereits im ersten Wahlgang, eroberte das Mandat aber ab, da er gleichzeitig in Braunschweig gewählt wurde. Seit dieser Zeit vertritt er mit zwei Unterbrechungen die braunschweigische Residenzstadt. — Wilhelm Bloch ist das einzige Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion, das noch die Kämpfe um das Ausnahmegesetz im Reichstage mitgemacht hat. Geboren am 5. Oktober 1849 zu Wolfenbüttel a. N., trat er nach Abschluß seiner Studien, erst 23 Jahre alt zur Sozialdemokratie über. Die schweren Verfolgungen unter dem Ausnahmegesetz hat Bloch in ausreichendem Maße durchkosten müssen; Ausweisungen und zum Teil erhebliche Gefängnisstrafen sind ihm nicht erspart geblieben. Im Reichstage hat Bloch durchaus seinen Mann gestellt, wenn er auch in den letzten Jahren dort weniger hervorgetreten ist. Er zählt aber immer zu den gerne gehörten Rednern, und es ist nur an die treffliche Rede erinnert, die er vor einigen Jahren im Reichstage zu dem Antrage auf Aufhebung des Jesuitengesetzes hielt.

— Mit einer Verwarnung entlassen. Der „Vorwärts“ teilt über die Haftentlassung des Genossen Wehring mit: Genosse Dr. Franz Wehring ist seit einigen Tagen aus der Schutzhaft entlassen und konnte schon die Weihnachtstage in Freiheit verbringen. Die Entlassung erfolgte mit der Verwarnung, daß er erneut in Schutzhaft genommen werden werde, wenn er während der Dauer des Krieges durch seine weitere Tätigkeit die Sicherheit des Reiches gefährden würde. Ein Bruchteil des sog. Medizinalkollegiums hatte erklärt, daß keine augenblickliche Lebensgefahr bestehe und harte Unterbringung unter Aufsicht in einem kleinen, eine genügende Kontrolle gestattenden Orte in Muregung gebracht.

— Kriegsfolgen. Aus dem Parteibureau wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Der Parteivorstand hat die dem Generalkomitee angegebene Einrichtung der Arbeitervereine mit sehr großen Opfern wenigstens teilweise wiederhergestellt. Es ist jedoch die Tätigkeit des Parteivorstandes in Westpreußen auf ein Minimum reduziert.

zielt war. Die ganz unverhältnismäßig großen Opfer weiter zu bringen in der Gewissheit, daß auf Jahre hinaus an die Wiederaufnahme des Betriebes in dem früheren Umfang nicht gedacht werden kann, war der Parteivorstand nicht imstande. Er hat deshalb in Uebereinstimmung mit dem Generalkomitee die erforderlichen gewordenen Maßnahmen beschlossen. — Das Pressebureau, das ebenfalls sehr hohe Zuschüsse erfordert, soll bei erheblicher Einschränkung seines Dienstes auf andere Grundlage gestellt werden. Die notwendigen Maßnahmen sind in Uebereinstimmung mit dem Pressebeirat getroffen worden. Die Redaktionen der Parteipresse werden rechtzeitig über die beabsichtigte Neuordnung unterrichtet werden.

— Die Nachwahl in Spandau-Osthavelland. Wie schon berichtet, wurde in einer Generalversammlung des Kreises Spandau-Osthavelland Franz Mehring mit neun gegen acht Stimmen, die auf den „Arbeitsgemeinschaftler“ Staab und 14, die auf den Mehrheitsanhänger Stahl fielen, aber von der oppositionellen Majorität für ungültig erklärt wurden, zum Reichstagskandidaten aufgestellt.

Mehring hat dem Kreisvorstand nunmehr mitgeteilt, daß er die Kandidatur annimmt.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg sendet dazu folgende

Erklärung:

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg nahm am 9. Dezember 1916 Stellung zu den Vorgängen bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten für den Reichstagswahlkreis Spandau-Osthavelland.

Entsprechend seinem früheren Beschluß, erachtet er die Erhaltung des Mandats für die Sozialdemokratische Partei, die unter der Beachtung des Burgfriedens leicht erreichbar war, für notwendig. Der Widerspruch des Vertreters des Bezirksvorstandes gegen jede Kandidatur, die den Burgfrieden aufheben und die Erhaltung des Mandates gefährden würde, erfolgte in seinem Auftrage.

Die Art, in welcher die Kandidatenaufstellung nun erfolgt ist, nahm den Anhängern der Fraktionsmehrheit die Möglichkeit für einen Kandidaten der Mehrheit zu stimmen. Sie steht im Widerspruch mit jeder bisher üblichen Praxis, die in Fällen wie diesem nur die Abstimmung in zwei Wahlgängen kennt, bei denen in der Stichwahl zwischen den beiden die meisten Stimmen auf sich vereinigenden Kandidaten, die Anhänger der ausfallenden, also der schwächsten Gruppe, den Ausschlag geben. Im Gegensatz dazu hat man hier durch die Abstimmung, ob ein Kandidat der aus zwei Gruppen bestehenden Opposition oder einer der Mehrheit aufgestellt werden sollte, die stärkste Gruppe bei der Abstimmung über die Person des Kandidaten ausgeschaltet.

Dieses Verfahren, durch das zwei Gruppen eine dritte, die allein fast eben so stark ist wie sie zusammen, vor der Wahl des Kandidaten des Stimmrechtes berauben, bringt in der Partei, bei den Vorbereitungen zur Reichstagswahl, ein Wahlrecht zur Einführung, das nicht nur mit dem Wahlrecht zum Reichstage selbst in schreiendstem Widerspruch steht, sondern überhaupt in keinem Wahlrecht, und sei es so schlecht wie das preußische Dreiklassenwahlrecht etwas ähnlich Entrechtendes als Parallele aufweisen kann. Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Opposition, mit 17 gegen 15 Stimmen, ihre zwei Stimmen betragende Mehrheit nur durch die Gültigkeitserklärung zweier unter allen Umständen ungültiger Mandate erreichten.

Der Einspruch des Bezirksvertreters findet deshalb die volle Billigung des Bezirksvorstandes.

In der Prüfung der Frage, ob der Parteivorstand zur Entscheidung der hierdurch entstehenden Differenz, laut § 19 des Organisationsstatutes, angerufen werden soll, entschied der Bezirksvorstand:

Der Entscheid des Parteivorstandes könnte nur zur Folge haben die erneute Einberufung einer Generalversammlung in der gleichen Zusammensetzung wie am 3. Dezember 1916. Die Herbeiführung eines Resultats durch diese, daß unter Vermeidung eines Wahlkampfes, durch Erhaltung des Burgfriedens, der Partei das Mandat sichert, ist aber unmöglich, nachdem die Vertreter der Opposition die bestimmte Erklärung abgegeben haben, daß sie „das Mandat lieber einem Konservativen wie einem Anhänger der Fraktionsmehrheit“ überlassen würden.

Die Vertreter der Gruppe „Internationale“, die in Spandau ihren Sitz hat, erklärten weiter, daß sie sich auch einer Kandidatur der „Arbeitsgemeinschaft“ nicht fügen würden.

Trotz dieser bestimmten Erklärung, einem Kandidaten der Mehrheit Minderheitskandidaten entgegenzustellen, kann der Bezirksvorstand sich nicht dazu entschließen, die Aufstellung eines Mehrheitskandidaten gegen den mit 9 gegen 22 Stimmen und einer Enthaltung aufgestellten Kandidaten der die Parteispaltung propagierenden Gruppe „Internationale“ herbeizuführen. Er kann dies umso weniger, als dadurch die von der Opposition bewußt herbeigeführte Auslieferung des Mandats an die bürgerlichen Parteien — nach der abenerwähnten Erklärung — nicht verhindert würde.

Der Bezirksvorstand lehnt im Einverständnis mit den Parteigenossen des Kreises, die auf der Kreisgeneralversammlung für die Erhaltung des Mandates in seinem Sinne wirkten, jede Verantwortung für dieses parteierstörende Treiben ab.

Er verzichtet auf die Entscheidung des Parteivorstandes und weist die volle Last der aus dem Beschlusse der Generalversammlung vom 3. Dezember 1916 folgenden Ergebnisse denen zu, die ihn gefaßt haben.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

— Ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorstand in Kristiania. Das Stadtverordnetenkollegium der norwegischen Hauptstadt (in dem die Sozialdemokratie nunmehr 42 Mandate von 84 inne hat) wählte die Sozialdemokraten Redakteur Jeppesen und Geschäftsführer Guerre Joveren als ersten und zweiten Vorsitzenden mit je 42 Stimmen. Der bisherige Vorsitzende, ein Mitglied der Rechten, erhielt 37 Stimmen.